



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROF. DR. RALF DAHRENDORF

Universität Konstanz

PARLAMENTARISCHE OPPOSITION IN DER BUNDESREPUBLIK

11. FEBRUAR 1969



Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst ist es, glaube ich, an mir, mich bei Ihnen dafür zu entschuldigen, daß viele von Ihnen schon einmal hergekommen sind, um mich zu hören, und die dann wieder weggehen mußten. „Höhere Gewalt“, hat Herr Stödter freundlicherweise gesagt. Es ist ja vielleicht gelegentlich so – und hat mit dem Thema etwas zu tun –, daß die parlamentarische Opposition erst im zweiten Anlauf zum Zuge kommt, und insofern mag die Entschuldigung verbunden werden mit einem Hinweis auf das Thema.

Ich konnte auch noch einen weiteren Hinweis geben. Es haben mir einige von Ihnen freundlicherweise das Bundesbahnplakat geschickt: „Was heißt hier Nebel – es gibt doch Züge!“ Dieses Plakat hat mich und einige Parteifreunde dazu inspiriert, vielleicht mit dem Slogan: „Was heißt hier Große Koalition; es gibt doch die FDP!“ in den Wahlkampf zu ziehen. Insofern mag die versäumte Sitzung im November ihre Vorzüge gehabt haben; aber ich bitte dennoch herzlich darum, daß Sie mir nachsehen, daß ich damals nicht kommen konnte.

Parlamentarische Opposition in Deutschland.

Meine Damen und Herren! Die idyllische Vorstellung, daß Parlamente Einrichtungen sind, in denen sich die Regierenden von heute und die Regierenden von morgen gegenüber sitzen und in denen diese beiden miteinander über die Möglichkeiten der richtigen Politik diskutieren, ist sicher in der Bundesrepublik wie in vielen anderen Ländern der Welt falsch. Ihr Fehler ist bei uns möglicherweise besonders sichtbar geworden durch die doppelte Erscheinung der Großen Koalition und der außerparlamentarischen Opposition; aber falsch ist sie nicht nur bei uns. Sie ist insbesondere darum falsch, weil Parlamente als ganze auf der Ebene des Bundes, des Landes und der einzelnen Gemeinden in einer Weise mit der Verwaltung der Gemeinwesen verquickt und verfilzt sind, die es schwer macht, sie noch als die Einrichtungen anzusehen, in denen das Gegenüber der Auffassungen von Regierung und möglicher Regierung ausgetragen wird. Der Kreßbronner Kreis, die Gemeinschaftsaufgaben, die Tätigkeit von Parlamentsausschüssen auf allen Ebenen, die vielfach fast administrative Tätigkeit unserer Landesparlamente – eine Fülle von Beispielen ließen sich dafür liefern, daß der Prozeß der Bürokratisierung, der in so starkem Maße unsere eigenen und verwandten Gesellschaften erfaßt hat, vor den Parlamenten nicht haltgemacht hat, sondern sie einbezieht und damit sie selber vieler der Aufgaben beraubt, die sie in der Vergangenheit hatten und die sie in den Idealvorstellungen der parlamentarischen Demokratie für manchen noch haben. Dieser Prozeß der Bürokratisierung und seine Folgen für Parlamente soll der rote Faden sein, den ich durch diese Ausführungen ziehen und an Hand dessen ich deutlich machen möchte, welche besonderen Schwierigkeiten sich für parlamentarische Opposition heute ergeben.

Denn trotz der Tatsache, daß die Parlamente mit den Regierungen – und das heißt, mit der Exekutive – in einer Weise verbunden sind, die sich mit den klassischen Ideen der parlamentarischen Demokratie nicht verträgt, gilt unverändert, daß Politik ein Bereich ist, in dem man verschiedener Meinung sein kann und sein muß. Trotz dieser Tatsache gilt unverändert, daß politische Entscheidungen verschiedenartig sein können und verschiedenartig begründet werden können.

Diese Grundtatsache, an die zu erinnern immer wieder und vielleicht gerade heute nötig ist, ist der Ausgangspunkt des Gedankens eines Gegenübers von Regierung und Opposition überhaupt. Politische Entscheidungen sind nicht einfach Vollzug von Sachgesetzlichkeiten, wie mancher uns heute gerne sagen möchte. Politische Entscheidungen sind auch in einem sehr kompliziert gewordenen Staatswesen, in dem zwischen Entscheidung und Verwirklichung eine Fülle von Sachgesetzlichkeiten und Sachinformationen tritt, unverändert einfache Grundentscheidungen, bei denen man so oder so denken, der einen oder anderen Meinung sein kann. Und es ist daher nur das Staatswesen human und offen, das die Möglichkeit der Auseinandersetzung dieser verschiedenen Meinungen auch tatsächlich liefert.

In der Spannung zwischen der Tatsache einer engen Verfilzung von Parlament und Regierung in unserem Staatswesen und der Notwendigkeit, verschiedenartige politische Meinungen auszutragen, sehe ich die Rolle der parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik. In diesem Spannungsfeld möchte ich daher versuchen, diese Rolle etwas deutlicher herauszuarbeiten und dabei eine Reihe von politischen Hinweisen darauf zu geben, in welchen Sachbereichen ich die wesentlichen Ansätze für eine oppositionelle Politik heute sehe.

Wenn man in einem Parlament heute als Oppositionspolitiker eine Rede hält, dann muß man darauf gefaßt sein, daß die Regierungsfraktionen (die sich ohne zu protestieren auch so bezeichnen lassen) einen mit Zwischenrufen traktieren, in denen gefordert wird, man solle doch eine Alternative bieten. Wenn man also Oppositionspolitik betreibt, dann stößt diese innerhalb und außerhalb unserer Parlamente sehr häufig, ja in aller Regel auf die Forderung, man möge es doch besser machen als die Regierung; man solle nicht kritisieren, wenn man nicht Vorschläge habe, die über die Aktionen der Regierungen hinausgehen. In dieser Forderung steckt in gewisser Hinsicht etwas Richtiges. Eine der großen Chancen, die die Opposition bietet, ist die Chance der Regeneration von politischen Parteien. In der Opposition hat man wohl stärker als in der Regierung die Chance des Nachdenkens, die Chance der Entwicklung von politischen Konzeptionen, die Möglichkeit also, sich darüber

klarzuwerden, in welche Richtung man politisch gehen will. Mancher Minister hat mir erzählt, daß einer der großen Nachteile der sogenannten Verantwortung des Regierens darin besteht, daß diese Verantwortung dem einzelnen erstaunlich wenig Zeit läßt, sich über Fragen politischer Konzeptionen Gedanken zu machen, also Überlegungen anzustellen darüber, in welche Richtung eigentlich das politische Handeln gehen soll. Hier hat Opposition ihre großen Vorzüge. Hier führt Opposition zur Entwicklung neuer politischer Ideen. Hier hat Opposition eine Regenerationsaufgabe, die vielleicht für die Partei, die die Bundesrepublik seit ihren Anfängen regiert hat, für die CDU, eine ganz gute Chance wäre. Das heißt, ich meine, daß diese Möglichkeit der Opposition, nachzudenken, Konzeptionen zu entwickeln, sich politisch zu regenerieren, eine Chance ist, die man jeder Partei wünschen sollte, daß keine Partei durch Dauerregierung in der Lage ist, Konzeptionspolitik konsequent zu betreiben.

Dennoch meine ich, daß diese Chance der Regeneration nicht den Kern dessen trifft, was Oppositionspolitik ausmachen sollte. Vielmehr sehe ich den Kern darin, daß die Opposition die Fragen anpacken kann, die von Regierenden nicht angepackt werden können oder zumindest nicht angepackt werden. Die Opposition kann das Ungesagte sagen; sie muß das Ungesagte sagen, wenn sie wirksam sein will. Die Opposition muß also diejenigen Fragen anpacken, die in der öffentlichen Diskussion eines Landes durch die Regierenden sorgsam oder auch unabsichtlich ausgespart werden. Das ist eine Aufgabe, von der ich meine, daß sie gerade in der Bundesrepublik eine außerordentliche Aktualität hat, und ich mochte diese Aktualität an einem Beispiel illustrieren, das kein Verdienst irgendeiner deutschen politischen Partei darstellt.

Mir scheint, es ist kennzeichnend für die Entwicklung der Bundesrepublik, daß sich in unserem Lande eine Art heuchlerischer politischer Sprache festgesetzt hat, die den einzelnen von dem Gemeinwesen, in dem wir leben, eher entfernt, als daß sie ihn zu diesem Gemeinwesen zieht. Diese heuchlerische politische Sprache, in der in einem Kommuniquéstil viele der entscheidenden Probleme verwischt und nicht erhellt werden, ist auch eine Sprache, durch die die Parteien sich abzusichern versuchen vor den Entscheidungen, die, wie jeder Bürger weiß, dennoch getroffen werden müssen. Ich halte für eines der einprägsamsten Beispiele dieser Tatsache die Diskussion des ganz gewiß schmerzhaften, aber doch zentralen Problems der Oder-Neiße-Linie in der Politik der Bundesrepublik. An keinem Beispiel kann man ganz so deutlich zeigen, wie die Einigung der Parteien auf Ausdrucksweisen, die dem einzelnen Bürger im Grunde keine klare Auskunft über ihre Haltung geben, dazu führt, daß zentrale politische Probleme ungelöst bleiben und auf die lange Bank geschoben werden, bis sie schließlich als schwelende Probleme außen- wie innenpolitisch das Gemeinwesen auszuhöhlen beginnen.

Ich wähle das Beispiel ganz bewußt. Sie wissen alle, daß gerade im Hinblick auf die Oder-Neiße-Linie die politischen Parteien bei uns zulande bis heute sehr erfindungsreich gewesen sind in der Suche nach Formeln, die klare Entscheidungen zu vermeiden helfen. Es ist also die Rede davon, daß wir keine gemeinsame Grenze mit Polen haben und daher die Oder-Neiße-Linie kein Problem für die Bundesrepublik ist. Es ist die Rede davon, daß die Entscheidung über die Oder-Neiße-Linie erst getroffen werden kann in einem Friedensvertrag. Es werden viele andere Formulierungen dieser Art angeboten, und sie werden nicht nur angeboten, sondern sie werden auch von denen immer wieder verlangt, die wir als unsere Alliierten bezeichnen. Und doch spüren viele, daß in solcher Sprache, in solchen Formulierungen ein Stück politischer Täuschung, auch vielleicht ein Stück politischer Selbsttäuschung liegt. Im Grunde genommen wissen wir doch, daß die anderen, von denen wir verlangen, daß sie zu dieser Frage Erklärungen abgeben, dies tun, ohne daß ihre Regierungen oder sie selbst ganz dahinterstehen. Im Grunde genommen wissen wir sogar, da viele von denen, die bei uns zulande solche Formulierungen wählen, diese Formulierungen nur benutzen, um sich um eine klare Stellungnahme zu drücken. Sie tragen damit dazu bei, daß die politische Diskussion bei uns an Wirklichkeitsgehalt verliert, entfremdet wird von den Auseinandersetzungen, die den einzelnen Bürger tatsächlich interessieren. Sie tragen dazu bei, daß die Lebendigkeit der parlamentarischen Demokratie bei uns gefährdet wird.

Man kann ganz gewiß in der Frage der Oder-Neiße-Linie verschiedener Meinung sein; aber die verschiedenen Meinungen müssen ausgetragen werden. Ich habe oft genug gesagt, daß es meine persönliche Meinung ist, daß diese unrechtmäßig zustande gekommene Grenze endgültig sein wird und daß wir uns täuschen würden, wenn wir das nicht zugäben. Ich habe dem immer hinzugefügt, daß ich der Meinung bin, daß die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie nicht einfach durch eine Bundesregierung erklärt werden sollte, sondern daß hier eine innere Diskussion in der Bundesrepublik stattfinden sollte, die am Ende dazu führt, daß eine Meinungsbildung im Volk stattfindet, und zwar nach meiner Auffassung eine Meinungsbildung, die durch einen Volksentscheid ihren Ausdruck findet. Ich sage das hier, um klarzulegen, daß ich das Beispiel nicht verwenden möchte, ohne eine eigene Position kundzutun. Aber mehr kommt es mir darauf an, an diesem Beispiel zu zeigen, wie sehr es durch das Fehlen einer klaren Oppositionspolitik in der Bundesrepublik möglich geworden ist, daß sich eine Art der politischen Umgangssprache eingebürgert hat, die ihr Stück dazu beiträgt, daß der einzelne nicht mehr das Empfinden hat, die politischen Einrichtungen dieses Landes seien die Einrichtungen, die er selber trägt und in denen seine entscheidenden Probleme behandelt werden.

Man könnte viele andere Beispiele bringen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß Opposition das Ungesagte zu sagen hat. Und, meine Damen und Herren, ich habe dieses Beispiel auch darum gewählt, weil ich meine, daß es wichtiger ist, über eigene Versäumnisse als über eigene Verdienste zu sprechen, und weil ich in diesem Beispiel bisher nur, sagen wir, ein halbes Verdienst meiner eigenen Partei sehe, weil ich hoffe, daß auch meine eigene Partei sich an diesem Beispiel bewähren wird – wie sie es an anderen schon getan hat –, daß sie die Oppositionsaufgabe ernster nimmt, als dies für viele Jahre in der Bundesrepublik geschehen ist.

Es war keine Sternstunde des Deutschen Bundestages, als Herbert Wehner jene berühmte Rede hielt, in der er für die Sozialdemokratische Partei die Politik der Bundesregierung in außenpolitischer Hinsicht praktisch akzeptierte. Es war dies nach meiner Meinung im Gegenteil der Anfang einer Entwicklung, in der durch das Fehlen von kräftiger parlamentarischer Opposition die Möglichkeiten dieses unseres Staatswesens eingeschränkt und nicht erweitert wurden. Parlamentarische Opposition im Sinne der offenen Auseinandersetzung gerade über die heißesten Eisen der Politik eines Landes stärkt ein Land und schwächt es nicht. Die Vereinigten Staaten sind gerade durch die ständige innere Diskussion über die Vietnam-Frage stark gewesen. Die Bundesrepublik ist schwach, solange ihr die innere Diskussion über entscheidende Fragen gerade auch unserer Außenpolitik in dem Maße fehlt, in dem das lange Zeit gegolten hat und bis zu einem gewissen Grade noch heute gilt. Hier – gerade hier – liegt ein Beispiel für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Tätigkeit einer parlamentarischen Opposition.

Dennoch, scheint mir, ist die Frage nach der Alternative, die parlamentarische Opposition in dieser unserer Bundesrepublik hier und heute zu liefern hat, berechtigt. Es ist also die Frage zu stellen, was denn gegenüber der Regierungspolitik in der Bundesrepublik überhaupt zu vertreten wäre, welche neuen politischen Horizonte sich aus der Opposition heraus eröffnen lassen, welche Möglichkeiten es also gibt, eine verkarstete und erstarrte Situation dieses Landes aufzubrechen. Und dabei, meine ich, sollte eines im Vordergrund stehen – ein Gedanke, der mich dann mit einer kleinen Schleife hinführen wird zu dem zentralen Punkt, auf den es mir ankommt, nämlich der Erörterung des Verhältnisses von außerparlamentarischer und innerparlamentarischer Opposition. Die Bundesrepublik stand seit ihren Anfängen unter dem großen Irrtum, Wohlstand nach innen und Sicherheit nach außen seien bereits ein sinnvoller Inhalt der Politik. Dieser große Irrtum, die Voraussetzungen der Politik mit ihren Inhalten zu verwechseln, der Irrtum, das, was ohne jede Frage nötig ist, schon für das politisch Wünschenswerte zu haften, hat die Bundesrepublik seit 1949 bis zum heutigen Tag begleitet. Meine eigene Partei hat ihren Anteil an diesem Irrtum. Meine eigene Partei ist aber, wie ich meine, auch diejenige, die ihn zuerst gesehen hat und jetzt mit aller Entschiedenheit deutlich macht. Opposition, parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik, muß nach außen wie nach innen neue Möglichkeiten erkunden, neue Möglichkeiten, die ich nach außen wie nach innen wenigstens in einigen knappen Stichworten skizzieren möchte.

Zunächst zur Außenpolitik. Hier, so scheint mir, kommt für parlamentarische Opposition bei uns alles darauf an, die Illusion zu beseitigen, als sei das Ineinander von Nordatlantischem Verteidigungsbündnis, Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und deutsch-französischer Freundschaft das letzte Wort unserer außenpolitischen Möglichkeiten. Hier hat also parlamentarische Opposition zu zeigen, daß diese Vorstellung, als passe die EWG bruchlos in die NATO und die deutsch-französische Freundschaft bruchlos in die EWG, nicht richtig ist. Tatsächlich widersprechen sich diese Bündnisse in manchen Zügen. Vor allem aber bieten diese Bündnisse, so wie sie heute bestehen, der deutschen Politik nicht jene Möglichkeiten, die sie haben muß, wenn sie im Interesse der Menschen hier im Lande – und wo immer wir sonst noch Menschen beeinflussen können – stattfinden soll. Außenpolitisch also meine ich, daß eine neue Wendung deutscher Politik aus der Opposition einer Regierung entgegengehalten werden sollte, die im Grunde genommen fortsetzt, was in der Vergangenheit geschehen ist, auch dann, wenn sie in Richtung Osten einige kleine Schritte an einigen Punkten getan hat. Wir brauchen, so könnte ich auch sagen, eine neue Politik für die Bundesrepublik nach Westen wie nach Osten. Wir brauchen vielleicht sogar dringender als die neue Ostpolitik eine neue Westpolitik. Wir brauchen ein neues Verhältnis unseres Landes zu den Ländern, mit denen wir in Bündnisbeziehungen stehen. Und ich könnte mir sehr gut denken, daß eine solche neue Westpolitik Horizonte eröffnet, die heute von manchen noch nicht recht gesehen werden und die hinausführen über die militärischen und wirtschaftlichen Bündnisse, in denen wir heute stehen. Das ist eine typische Oppositionsaufgabe. Ich meine, daß die Regierung es schwerhaben wird – die gegenwärtige ganz sicher –, solche neuen Möglichkeiten, solche neuen Horizonte zu erkunden. Und ich meine, daß es die Aufgabe der Opposition ist, an diesem Punkt mit aller Entschiedenheit, ohne jene Zurückhaltung, die in der Vergangenheit sehr oft für oppositionelle Politik bei uns kennzeichnend war, diese Möglichkeiten darzulegen.

Nach innen, so sagte ich, gilt ähnliches für die These des Wohlstandes oder der wirtschaftlichen Gesundheit unseres Landes als Kern der Politik. Wirtschaftlicher Wohlstand verändert die vielen Dinge, die bei uns veränderungsbedürftig sind, nicht. Wirtschaftlicher Wohlstand schafft noch keine sinnvolle Bildungspolitik, keine Verwaltungsreform, keine Reform unseres Strafrechts und Strafvollzuges, keine Veränderungen im Bereich des Städtebaues und der Raumplanung, auch keine Finanzreform. Wirtschaftlicher Wohlstand verändert also nicht, was so erstarrt geworden ist, daß es dringend der Veränderung bedarf. Auch hier ist ein neuer Denkstil nötig, ein Denkstil, der ausgeht von der Möglichkeit der Selbstbestimmung des einzelnen und diese zu verwirklichen sucht in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft. Auch hier gibt es also die Alternativen, die aus der Opposition in eine verkarstete politische Landschaft getragen werden können.

An diesem Punkt allerdings – und damit komme ich zu dem, was uns alle wohl in diesen Monaten und Jahren am meisten beschäftigt – wird die Frage wichtig, die darin liegt, daß die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik seit einigen Jahren, sagen wir, Konkurrenz bekommen hat. Ich meine mit der Konkurrenz nicht in erster Linie die NPD, obwohl auch über sie und ihr politisches Handeln etwas mehr gesprochen werden sollte, als das bei uns geschieht. Ich bin genau wie meine Parteifreunde der Meinung, daß es falsch ist, unbequemen politischen Parteien mit dem Mittel des Verbots zu begegnen. Ich würde auch dazu neigen, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Politik der NPD eher großzügig als zu eng zu interpretieren, um so mehr, als ich den Eindruck habe, daß es sich in unseren Landtagen, insofern die NPD in ihnen vertreten ist, eingebürgert hat, diese Partei zu verketzern, als sei sie eine Nachfolgerin der NSDAP, und damit die Blicke abzuwenden von politischen Gefährdungen, die unter Umständen nicht in der NPD, sondern in anderen politischen Gruppierungen einschließlich der so wohletablierten politischen Gruppierungen liegen. Ich persönlich meine – und ich möchte das ganz deutlich sagen, daß die weitgehend fehlende Information über das, was die NPD eigentlich betreibt, die fehlende Information gerade auch über das, was sie in den Parlamenten betreibt, in denen sie sitzt, eine politische Lüge ist, die sich rächen kann. Ich meine auch, daß dies kein Beispiel für politische Auseinandersetzung mit der NPD ist,

ebenso wie ich es sehr bedauern würde, wenn auf der Ebene des Bundes, so wie das auf der Ebene mancher Länder geschehen ist, mit Geschäftsordnungstricks und anderen Verfahrensmanipulationen der Versuch gemacht wurde, vom Volk gewählte Vertreter der NPD von der vollen parlamentarischen Tätigkeit auszuschalten. Gerade weil es praktisch keinen Punkt gibt, an dem ich im politischen Inhalt mit den Vorstellungen dieser nationalkonservativen Partei übereinstimme, bin ich gelegentlich versucht, einmal ein Wort gegen den Stil des, sagen wir, leicht versteckten Verbots zu reden, der praktiziert wird in den Landesparlamenten, in denen die NPD vertreten ist. Ich meine also, daß der, der in dieser Weise einer unbequemen Partei begegnet, von entscheidenden Problemen ablenkt und gerade nicht politisch fertig wird mit einer Partei, mit der wir nun doch politisch, das heißt durch direkte Auseinandersetzung und bessere Politik fertig werden sollten.

Aber wenn ich sagte, daß die FDP als parlamentarische Opposition Konkurrenz bekommen hat, meinte ich nicht in erster Linie die NPD. Ich meinte vielmehr jene Gruppierung, die bei uns fast schon einen Parteinamen bekommen hat, nämlich die APO, die außerparlamentarische Opposition. Meine Damen und Herren! Es wird heute viel spekuliert über die Ursachen der Tatsache, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Jüngeren sich mit großer Entschiedenheit nicht nur gegen bestehende Regierungsverhältnisse, sondern auch gegen die vorhandene parlamentarische Opposition, nämlich gegen das parlamentarische System überhaupt wendet. Ich will die vielen Spekulationen nicht um eine eigene ergänzen; aber ich meine doch, daß ein Wort zu diesem Phänomen nötig ist und dabei zugleich ein Wort über die Frage, wie sich eigentlich außerparlamentarische und innerparlamentarische Opposition bei uns zueinander verhalten sollten und tatsächlich verhalten.

Ich gehe dabei davon aus, daß es sich bei der außerparlamentarischen Opposition nicht um eine kleine, verhetzte Minderheit handelt. Ich gehe davon aus, daß es auch gar nicht möglich wäre, sagen wir, durch die Inhaftierung von 50 oder meinetwegen 500 Personen jener Unruhe Herr zu werden, die an unseren Universitäten sichtbar, an unseren Schulen halb sichtbar und in unseren Familien öffentlich unsichtbar, aber vielen bekannt ist. Ich gehe davon aus, daß es sich hier um eine sehr verbreitete Meinung, Stimmungslage, wenn Sie so wollen, politische Haltung handelt, die uns doch etwas andere Fragen stellt als die der Anwendung der Mittel des Rechtsstaates, wie wir sie kennen. Zu diesen Fragen, die uns hier gestellt werden, zählt ohne Zweifel die bekannte, vielerörterte Frage, ob nicht viele Einrichtungen unseres Landes noch durchsetzt sind mit Formen der Ausübung von Autorität, wie sie sich gegenüber mündigen Menschen in einer modernen Gesellschaft nicht mehr rechtfertigen lassen. Ich meine damit jene Formen der Ausübung von Autorität, denen der Sinn dafür abgeht, daß der einzelne, der solcher Autoritätsausübung unterworfen ist, ein Recht hat, die Frage zu stellen, warum er eigentlich tun soll, was von ihm verlangt wird. Ich meine also jene Formen der Ausübung von Autorität, die nicht gepaart sind mit der Bereitschaft, sich in Frage stellen zu lassen und Gründe für das zu geben, was man von anderen verlangt.

Es ist meine entschiedene Auffassung, daß Autorität, auch Autoritätsstellungen, eine Bedingung der Möglichkeit einer wandlungsfähigen Gesellschaft sind. Ich meine also, daß die Suche nach einer herrschaftslosen Welt im Grunde genommen ein Bild projiziert, das in der Wandlungsunfähigkeit einer autoritären Gesellschaft sehr nahe kommt. Die autoritäre Welt, die sich nicht verändert, und die Welt der permanenten Diskussion haben dies eine gemeinsam, daß Initiative, die Erkundung und Eröffnung neuer Möglichkeiten in ihnen fehlen. Aber selbst wenn man all dies zugesteht, bleibt es eine Tatsache, daß in Hochschule und Schule, in unseren Betrieben wie in unseren Verwaltungen, in der Bundeswehr, in vielen anderen Einrichtungen und wohl auch in vielen Familien Autorität noch ein bißchen zu selbstverständlich genommen wird, also die Bereitschaft fehlt, sie in Frage stellen zu lassen. Dennoch sehe ich hier nicht das Kernproblem der Proteste, von denen wir heute täglich in den Zeitungen lesen. Ich sehe dieses Kernproblem vielmehr an einem Punkt, der sich nicht ganz so leicht ganz konkret beschreiben läßt und den ich doch zu fixieren versuchen möchte, weil ich meine, daß an ihm inner- und außerparlamentarische Opposition ansetzen müssen.

Nicht nur Studenten haben bei uns zulande und in anderen Ländern heute das Empfinden, daß der einzelne bei seinem Versuch, in irgendeiner Weise politisch wirksam zu werden, im Grunde genommen scheitern muß. Nicht nur Studenten haben das Empfinden, daß es – wie die Studenten sagen wurden – ein „System“ gibt, das den einzelnen daran hindert, genau das zu erreichen, was die moderne Gesellschaft ihm versprochen hat. Vielmehr ist dieses Empfinden durchaus verbreitet, wenn auch Menschen verschiedener Gruppen verschieden darauf reagieren, wenn also auch viele sich einfach von den politischen Einrichtungen abwenden und nicht zu demonstrieren beginnen. Und sehen wir uns doch die Veränderungsfähigkeit unserer Gesellschaft einmal genau an! Fragen wir uns doch einmal, was der einzelne wirklich ausrichten kann, wenn er von den Rechten Gebrauch machen möchte, die diese unsere Gesellschaft ihm versprochen hat! Er kann in eine Partei eintreten. Er kann in dieser Partei in seinem Orts- oder Kreisverband wirksam zu werden versuchen. Er kann bestimmte Meinungen dort kundtun. Er kann, wenn er Glück hat, eine Resolution durchsetzen, die irgendwo dann in dem Apparat dieser Partei hängenbleibt oder auch nicht hängenbleibt, sondern in verwässerter Form noch diskutiert wird. Kann er wirksam werden? Kann er bestimmte Ziele wirklich durchsetzen? Hat er die Möglichkeit, in diesem politischen Betrieb eine Veränderung zu bewirken? Und die Parteien sind ja nur ein Beispiel unter vielen. Ist es nicht so, daß sehr, sehr viele von uns empfinden müssen, daß es irgendwo in der modernen Gesellschaft eine Pufferzone gibt, gebildet aus der staatlichen Bürokratie, vielleicht den Führern der Verbände, auch einem großen Teil der politischen Parteien, eine Pufferzone, die im Grunde nicht vermittelt zwischen dem einzelnen und den politischen Entscheidungen, die getroffen werden, sondern die den einzelnen von diesen politischen Entscheidungen fernhält? Und wenn Sie mich fragen, meine Damen und Herren, dann würde ich sagen, daß die sich daraus ergebende Ohnmacht des einzelnen eine Ohnmacht, die im scharfen Widerspruch zu dem Versprechen politischer Teilnahme steht, das moderne Gesellschaften kennzeichnet – sich auch noch ausdehnt auf diejenigen, die als Vertreter des einzelnen in der parlamentarischen Demokratie gewählt sind. Ich jedenfalls habe als Abgeordneter eines Landtages nicht selten das Empfinden, daß die Studenten so unrecht nicht haben, wenn sie sagen, die Parlamente, dienen bis zu einem gewissen Grade der Täuschung der Bürger, indem hier der Eindruck entstände, als könnten in ihnen Entscheidungen getroffen werden, die tatsächlich in ihnen nicht getroffen werden, vielleicht auch gar nicht getroffen werden können. Wer eine parlamentarische Haushaltsberatung – wobei ein Landtag vielleicht das schlechteste Beispiel ist – einmal mitgemacht hat, der weiß, daß an dem Haushaltsvoranschlag, den die Exekutive dem Parlament liefert, vom Parlament nicht mehr als, sagen wir, 2 oder 3 Prozent geändert werden. Meist sind es weniger. Wer also an diesem entscheidenden Punkt der Politik einmal tätig geworden ist, der weiß, daß das Parlament in seinen politischen Entscheidungsmöglichkeiten im Grunde genommen so weitgehend einbezogen ist in die Schaffung der Zwischenzone der Bürokratisierung, daß hier eine Wirksamkeit, wie sie in der Theorie dem Parlament zugeschrieben wird, nicht besteht. Und dies ist es, so scheint mir, was bei sehr, sehr vielen Menschen Einwände gegen die parlamentarische Demokratie wachruft, die sich, wie ich meine, nicht ohne weiteres von der Hand weisen lassen.

Das, was ich hier anzudeuten versuche, meine Damen und Herren, ist gar nicht neu. Schon im Sommer 1918 hat Max Weber in seiner Schrift über „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“ genau diesen Vorgang beschrieben. Er hat seinerzeit davon gesprochen, daß es denkbar wäre, daß die moderne Gesellschaft durch genau die Entwicklungen, die ihre Modernität begründen, dazu führe, daß wir in Zukunft in einem „Gehäuse der Hörigkeit“ lebten, in dem der einzelne – wie Weber sich ausdrückt – so wenig ausrichten könne wie die ägyptischen Fellachen. Nun ist das sicher ein finsternes Bild unserer Gesellschaft und eines, das vieles nicht trifft. Es ist ein Bild, das insbesondere diejenigen nicht trifft, die mit den Möglichkeiten dieser Gesellschaft sehr, sehr viele Hoffnungen für sich selber noch verbinden. Es ist ein Bild unserer Gesellschaft, das sich eher denen darbietet, die nicht nur politisch-rechtlich die Möglichkeiten der Teilnahme haben, sondern auch auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage diese Chancen wahrnehmen können. Es ist

kein Zufall, daß viele der protestierenden Studenten, wie ja eigentlich unsere Studentenschaft insgesamt, aus mittelständischen Familien kommen und eine liberale Erziehung genossen haben, wie uns die Untersuchungen über Studentenunruhen zeigen. Denn wenn wir uns fragen, wie Arbeiter diese unsere Gesellschaft sehen, dann wird sich sehr bald herausstellen, daß deren Interessen so grundsätzlich anders sind, daß jede Hoffnung auf eine Verbindung zwischen den protestierenden Studenten und den Arbeitern völlig abwegig ist. Deren Interessen lassen sich in erheblichem Umfange genau innerhalb der Welt, in der wir leben, noch befriedigen. Es gibt hier einen, wenn Sie so wollen, unlösbaren Interessenkonflikt, und – man braucht es hier kaum zu sagen – die Studenten sind totale Illusionisten, wenn sie meinen, daß sie hier irgendeine Form der Solidarität schaffen können. Aber wenn man das gesagt hat, sollte man doch immer wieder darauf hinweisen, daß die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft durch Wohlstand und Sicherheit noch nicht automatisch dem einzelnen jene Lebenschancen bietet, die er sich von ihr erhofft. Man sollte also darauf hinweisen, daß es hinter vielen Protesten etwas gibt, was möglicherweise mancher insgeheim auch empfindet, der sich an diesen Protesten nicht beteiligt.

Und nun gibt es jene fast tragische Verstrickung, in der ich unsere Politik heute sehe und in der, wie ich gestehen muß, ich gelegentlich daran zu zweifeln beginne, ob es überhaupt noch möglich ist, hier eine rationale und liberale Politik durchzusetzen. Nun gibt es den Prozeß, in dem diejenigen, die gegen neue Hörigkeiten in dieser Gesellschaft protestieren, meinen, die Wege, die sich ihnen anbieten innerhalb des Systems – wie sie sagen –, könnten alle nicht zum Erfolg führen; daher müsse „das System selbst“ aus den Angeln gehoben werden. Diese Menschen reden einer Theorie das Wort, die unter dem Stichwort des „langen Marsches durch die Institutionen“ die Gewalt ausdrücklich als Mittel der Politik anerkennt. Das sind diejenigen, die durch ihr Tun zu einer primitiveren politischen Diskussion beitragen, als es sie seit langem bei uns gegeben hat, und auch zu einer inhumaneren politischen Aktion, als es sie seit langem bei uns gegeben hat.

Ich zögere nicht, dies mit aller Deutlichkeit zu sagen, obwohl ich meine, daß diejenigen, die in dieser Weise ohnmächtig und mit absurden und inhumanen Mitteln ihrem Protest Ausdruck geben wollen, nicht diejenigen sind, die unsere Gesellschaft als solche wesentlich verändern werden. Ich meine, daß die Revolution von links durch die außerparlamentarische Opposition keine realistische Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Ich meine vielmehr, daß diejenigen, die immer wieder behaupten, daß hier die eigentliche Gefährdung der Freiheit in der Bundesrepublik liege, ein Gespenst an die Wand malen, das tatsächlich nicht vorhanden ist. Dafür sprechen zwei Gründe. Erstens ist ganz eindeutig, daß die große Mehrzahl der Menschen in ihrer Meinung, in ihren Interessen und in ihrer Haltung völlig andere Auffassungen hat als diese protestierenden Gruppen. Zweitens wäre es im Grunde genommen ein leichtes, mit den staatlichen Machtmitteln die Protestierenden zur Ruhe zu bringen.

Ich sehe andererseits genau in dieser Möglichkeit jene Gefährdung, die mich dazu führt, von einer tragischen Verstrickung zu sprechen. Die Protestierenden haben ein Element der inhumanen, der primitiven Politik wieder in unser Gemeinwesen eingeführt. Die Reaktion darauf kann sehr leicht eine hysterische Überreaktion sein. Manche Spuren zeigen bereits in der Gegenwart, daß Tendenzen zu einer solchen hysterischen Überreaktion vorhanden sind. Schon heute wird an einigen Punkten, wie mir scheint, erkennbar, daß es Menschen, Gruppen – auch politische Gruppen – gibt, die sich die Stimmung der Mehrzahl der Menschen zunutze machen wollen, um gegen diese radikalen Gruppen mit autoritären Mitteln vorzugehen. Ich habe große Sorge davor, daß diejenigen, die immer sagen, es solle keine Sondergerichtsbarkeit für Studenten geben, daran sind, genau das einzuführen. Ich habe große Sorge, daß in jener Kommission, die der Bundeskanzler geschaffen hat zur Beratung über die Hochschulunruhen, Gesetzentwürfe für die Länderparlamente ausgearbeitet werden, die den Gerichten das Recht geben, Relegationen ohne Widerspruch auszusprechen, die sofort effektiv werden und die damit genau das schaffen, von dem immer gesagt wird, daß es nicht geschaffen werden sollte. Ich würde in einer solchen Entwicklung

einen Schritt zu einer stärkeren Verhärtung unserer inneren politischen Verhältnisse sehen, einen Schritt, den rückgängig zu machen sehr schwer sein wird und der überdies sehr viele Schritte nach sich ziehen kann, die man nur bedauern kann. Die Schwierigkeit liegt dabei zugegebenerweise darin, daß hier zwei Positionen einander gegenüberstehen, zwischen denen den Versuch zu unternehmen, mit dem Mittel der Überzeugung und des Arguments eine Politik der Reformen zu betreiben, von Tag zu Tag schwieriger wird.

Es wird gelegentlich die Frage gestellt, ob sich in der Bundesrepublik die parlamentarische Opposition, also die Freie Demokratische Partei, die Meinungen der außerparlamentarischen Opposition zu eigen macht. Ich halte diese Frage für ganz falsch gestellt. Nein, wir machen uns die einzelnen Meinungen der außerparlamentarischen Opposition ganz sicher nicht zu eigen. Wir nehmen aber das Problem der außerparlamentarischen Opposition in einer anderen Weise ernst, als es die Regierungsparteien tun. Wir sehen in diesem Problem eine Notwendigkeit, für die die Studenten nur ein Ausdruck neben vielen anderen sind. Wir sehen darin nämlich die Notwendigkeit, die Frage verfassungsmäßig zu beantworten, wie denn das Versprechen auf Teilnahme, das die moderne Gesellschaft dem einzelnen gibt, auch tatsächlich eingelöst werden kann.

In diesem Zusammenhang ist die Forderung zu sehen, in das Grundgesetz stärkere plebiszitäre Elemente einzuführen, als es dies bisher enthält. Das ist ein Diskussionsthema, das, wie wir hoffen, in den nächsten Jahren die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik stark beherrschen wird; denn es scheint uns eine große Verfassungsdiskussion über die Verfahrensregeln des Grundgesetzes dringend am Platze zu sein. Die Meinung, die wir dazu haben – eine Meinung, die wir auch vor dem Rundfunkinterview des Bundeskanzlers schon ausgedrückt haben, obwohl es mir, letzten Endes gleichgültig ist, wer das Richtige tut, solange das Richtige getan wird –, ist die, daß sowohl in Personenfragen als auch in Sachfragen eine direktere Beteiligung des einzelnen Bürgers an den Entscheidungen einen jener Wege kennzeichnet, die aus der Ohnmachtssituation herausführen können, für die auch die Studentenproteste ein Ausdruck sind.

Die Direktwahl des Bundespräsidenten gehört selbstverständlich in diesen Bereich. Ebenso sind wir der Auffassung, daß Volksbegehren und Volksentscheid, so etwa, wie sie in der bayerischen Landesverfassung verankert sind, für die ganze Bundesrepublik ermöglicht werden sollten und daß in zentralen Sachfragen diese Instrumente verwendet werden sollten. Dabei liegt der Sinn solcher plebiszitären Elemente nicht in erster Linie darin, sozusagen pro forma das Volk an den Entscheidungen zu beteiligen. Der Sinn liegt vielmehr darin, daß durch solche plebiszitären Elemente die politischen Gruppen, also insbesondere die Parteien, gezwungen werden, mit ihren Argumenten und Vorstellungen zu den Bürgern zu gehen und die Bürger davon zu überzeugen. Der Sinn dieser plebiszitären Elemente also ist es nicht etwa, Verantwortung abzuschieben von den repräsentativen Einrichtungen, sondern die politischen Gruppen zu zwingen, sich in anderer Weise zu den Menschen zu verhalten, als sie das in der Vergangenheit getan haben, sie zu einem direkteren Kontakt mit den Bürgern zu zwingen. Ich würde vermuten, daß, wenn die politischen Gruppen dies ernst nehmen, bei einer Volkswahl des Bundespräsidenten doch etwas anderes herauskäme, als nach den Umfragen einzelner Illustrierter oder Tageszeitungen gegenwärtig und ohne solche Vorbereitung herauskommen würde. Ich würde auch vermuten, daß ein solcher heilsamer Zwang für die politischen Parteien das Seine dazu beitragen könnte, um in Fragen, die undiskutiert geblieben sind, wie der Oder-Neiße-Linie, eine sicher lebhaftere, sicher auch gefühlsbeladene, aber letzten Endes doch rationalere Diskussion zustande zu bringen, als wir sie heute in diesen Dingen haben. Die plebiszitären Elemente der Weimarer Republik sind gelegentlich dafür verantwortlich gemacht worden, daß Weimar so geendet hat, wie es endete. Ich meine, daß diese Behauptung sich nicht nachweisen läßt, und ich behaupte daher, daß die Motive, die die Väter des Grundgesetzes 1948/49 geleitet haben, eine Überprüfung durchaus vertragen – eine Überprüfung übrigens, wie sie Theodor Heuss schon im Parlamentarischen Rat gefordert hat, als er sagte, daß das Grundgesetz nach zehn Jahren noch einmal ganz neu betrachtet werden sollte.

Manches Weitere gehört in diesen Zusammenhang einer großen Verfassungsdiskussion. Ich nehme dieses Beispiel, weil ich an ihm zeigen möchte, in welcher Weise wir als parlamentarische Opposition das umzusetzen versuchen, was wir als den Kern der außerparlamentarischen Opposition verstehen. Das heißt, während ich ganz sicher bin, daß eine solche Forderung nicht zum Ende der außerparlamentarischen Opposition führen wird oder dazu, daß alle ihre Mitglieder FDP wählen, meine ich, daß solche politischen Entscheidungen, daß solche Veränderungen unserer politischen Szenerie, daß insbesondere die große Verfassungsdiskussion selbst das Ihre dazu beitragen kann, um uns aus jener Verstrickung zu befreien, die zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Gewalttätigkeit dazu führen kann, daß die Möglichkeiten eines liberalen Staatswesens in der Bundesrepublik sehr rasch eingeengt, wenn nicht vernichtet werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe von der außerparlamentarischen Opposition gesprochen. Sie hat ein Merkmal, das sie von der innerparlamentarischen Opposition grundsätzlich unterscheidet, ein Merkmal, mit dem ich meine Ausführungen hier heute schließen möchte.

Außerparlamentarische Opposition ist ihrer Natur nach permanente Opposition. Außerparlamentarische Opposition führt nicht und kann nicht in Regierungsstellungen führen; sie will es auch gar nicht. Sie richtet sich gegen das System selbst, wie sie sagt. Innerparlamentarische Opposition hat die große Aufgabe in einer solchen Situation, dieses System selbst als stärker zu erweisen, als seine Gegner glauben. Sie hat also die große Aufgabe, innerhalb der Einrichtungen, die unsere Verfassung geschaffen hat, jene Veränderungen zu bewirken, die nötig sind, damit diese Verfassung glaubwürdig wird auch für diejenigen, die intensiv an ihr zu zweifeln begonnen haben. Innerparlamentarische Opposition kann daher, wie ich meine, der Natur der Sache nach nicht verstanden werden als permanente Opposition. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß es innerhalb der heutigen parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, also innerhalb der FDP, manchen gibt, der der Meinung ist, daß eine entschiedene Oppositionspolitik auch auf lange Sicht die Aufgabe dieser Partei ist. Es gibt manchen, der meint, die Verantwortung der Opposition solle grundsätzlich, zumindest noch für einige Zeit, von der FDP getragen werden.

Ich teile diese Auffassung nicht. Ich habe nach der baden-württembergischen Landtagswahl dafür plädiert, daß wir in Baden-Württemberg in der Opposition bleiben, nachdem klar war, daß es unmöglich sein würde, wesentliche Stücke unserer politischen Ziele in der einzigen Koalition, die dort technisch möglich gewesen wäre, nämlich in der Koalition mit der CDU, durchzusetzen. Ich bin aber grundsätzlich der Meinung, daß eine Opposition der Konzeptionen, wie ich sie hier anzudeuten versucht habe, mit sich die Bereitschaft bringen muß, auch aus der Position der Regierung bestimmte Konzeptionen in die Wirklichkeit umzusetzen. Ich wäre leichten Herzens dieser Meinung, wenn wir bereits jene Verfassungsänderungen vorgenommen hätten, die unsere Parlamente in eine Rolle bringen, die grundsätzlich das Gegenüber von Regierung und Parlament stärker betont, als das heute der Fall ist. Aber ich meine, man kann nicht mit dem Anspruch auftreten, eine Sachpolitik zu betreiben, und dann nicht bereit sein; mit anderen über diese Sachen zu reden, auch in der Absicht, möglicherweise mit ihnen zusammen zu regieren.

Es kann sein, daß nach der Bundestagswahl in diesem Jahr die Große Koalition fortbestehen wird. Es ist möglich, daß es jetzt schon gewisse vorsichtige Abmachungen in dieser Hinsicht gibt, und es ist sicher, daß es unter den Beteiligten an der Großen Koalition, unter den Beteiligten an dieser Regierung manchen gibt, der sich diese sehr einfache Regierungsform auch für die Zukunft wünscht. Die FDP würde in diesem Falle die Verantwortung der Opposition genauso konzeptionsbewußt und vielleicht mit noch immer wachsender Klarheit der Konzeption übernehmen, wie dies in den vergangenen zwei Jahren bereits der Fall war. Es kann auch sein, daß eine Durchsetzung der Konzeptionen, die wir in der Opposition zu entwickeln versuchen und die in diesem Jahr immer deutlicher werden, in einer Regierung möglich wird, und in diesem Fall würde ich dafür plädieren, auch diese Möglichkeit zu ergreifen.

Ist die Opposition also nach allen Seiten offen, wie so gerne gesagt wird? Ich würde meinen: nein. Das kann nicht die Funktion der parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik sein, einfach sich nach allen Seiten zu öffnen. Die Funktion der parlamentarischen Opposition in einer Zeit der gefährdeten Demokratie liegt vielmehr darin, durch klare politische Konzeptionen, sicher offen für Selbstkritik, aber doch eindeutig in der eigenen Stellung zu sein, diese eindeutige Stellung überall zu vertreten, wo sie zu vertreten ist, so schwierig es auch sein mag, und, wenn die Möglichkeit sich bietet, eine solche klare Konzeption durchzusetzen, diese Möglichkeit zu ergreifen. Außerparlamentarische Opposition wird es auch dann noch geben, wenn die innerparlamentarische Opposition anders aussieht.

Die Hoffnung, die wir haben müssen, ist nur, daß zu allen Zeiten die innerparlamentarische Opposition in der Lage sein wird, sich hinlänglich von den etablierten Kräften zu distanzieren, um neue und offene Horizonte, neue und ungesagte Möglichkeiten und Konzeptionen in die politische Diskussion einzubringen.

